

An Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

An die Ministerpräsidentinnen und
Ministerpräsidenten der Länder

Berlin, 04. Mai 2020

Offener Brief: verantwortungsvolles Musikleben wieder ermöglichen

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,
sehr geehrte Damen und Herren Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten,

der Deutsche Musikrat bittet Sie, bei Ihrer gemeinsamen Sitzung am kommenden Mittwoch, den 06. Mai 2020, das Öffnungssignal für die außerschulischen Bildungs- und Kultureinrichtungen zu setzen – selbstverständlich unter Einhaltung der jeweils ausgearbeiteten Hygienekonzepte. Für den Musikbereich gibt es intelligente Lösungsvorschläge, auf deren Grundlage man über eine verantwortungsvolle Öffnung entscheiden könnte.

Unter der nahezu kompletten Schließung der Orte, an denen Musik erklingt bzw. vermittelt wird, leiden nicht nur 13 Millionen Menschen der Amateurmusikszene und eine Million Menschen in der professionellen Musikszene, sondern auch deren Publikum. Ob Freiluftveranstaltungen, Konzerthäuser, Opernhäuser, Musikclubs, Musikschulen, Musikvereine oder Landesmusikakademien: wir alle brauchen die Musik zum (Über)Leben, und das nicht nur in ideeller Hinsicht.

Denn in der politischen Diskussion um Öffnungsstrategien kommt neben der Systemrelevanz der Kultur- und Kreativwirtschaft ihre wirtschaftliche Bedeutung für Deutschland zu kurz. Sie trägt mit rund 100 Milliarden Euro Bruttowertschöpfung erheblich zur Wirtschaftsleistung unseres Landes bei – gleich nach der Automobilindustrie und vor der Chemischen Industrie, den Energieversorgern und den Finanzdienstleistern. Die Musikwirtschaft ist somit ein bedeutender Teil des Wirtschafts-Segments.

Viele Menschen im Musikleben stehen derzeit vor großen Existenzsorgen und fragen sich verzweifelt, wie es weitergehen soll. Wenn jetzt nicht gegengesteuert wird, werden kurz- und mittelfristig Musikverlage, Musikinstrumentenhersteller, Musikveranstalter,

Musikagenturen, der Musikhandel, Orchester, Chöre, Kultureinrichtungen sowie viele Soloselbstständige vor dem wirtschaftlichen Aus stehen. Die Länder und Kommunen, die zu über 80% die Kulturausgaben zu schultern haben, werden diese Lasten allein nicht tragen können.

Wir sind dankbar für die bisherigen Hilfspakete der Bundesregierung, die in vielen Bereichen coronabedingte Härten für kurze Zeit abfedern können. Den fundamentalen Verlust unserer bildungskulturellen Infrastruktur werden wir aber nur im engen Schulterschluss zwischen Zivilgesellschaft und Staat mit einer verantwortungsvollen Öffnung des Kulturlebens abwenden können.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Martin Maria Krüger
Präsident



Prof. Christian Höppner
Generalsekretär